

Jürgen Wiebicke

**Zehn Regeln
für Demokratie-Retter**

Kiepenheuer & Witsch



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC®-N001512

1. Auflage 2017

© 2017, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in
irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein
anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des
Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Rudolf Linn, Köln

Gesetzt aus der Minion und Gotham Condensed

Satz: Felder KölnBerlin

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-462-05071-4

Vorwort

Am Abend nach der Trump-Wahl fiel der Entschluss für dieses Buch. Einen ganzen Tag lang hatte ich in schockierte Gesichter geblickt und Geschichten von Fassungslosigkeit und Ohnmacht angehört. Jedem, den ich an diesem Tag danach traf, war dieser Wahlausgang schwer aufs Gemüt geschlagen, und wann immer zwei zusammenstanden, hatten sie sich gegenseitig in ihren Ängsten vor der Zukunft bestätigt. Es schien, als ob da unweigerlich und unaufhaltsam etwas auf uns zukomme, das auch unser Land in seiner demokratischen Substanz bedroht. Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Rechtspopulismus. Das wussten wir zwar schon vorher, aber nun schlöttern uns endgültig die Knie. Der Brexit ließ sich bislang noch ganz gut verdrängen, weil die Folgen erst viel später spürbar werden dürften und immerhin ja die kleine Hoffnung besteht, die Briten könnten es sich vielleicht doch noch einmal anders überlegen. Aber der Trump-Sieg war von anderer Qualität. Den hatte keiner auf der Rechnung. Hier hatte einer gewonnen, der viele fasziniert, gerade weil er ein Verächter der Demokratie ist. Vor ihm darf man sich mit Recht gruseln. Nie zuvor war mir so viel lähmender Pessimismus entgegenschlagen wie an diesem Tag. Am Abend hatte ich davon die Nase voll.

Der Tag darauf war beinahe noch schlimmer. Denn über Nacht hatte sich die Gefühlslage bei vielen erkennbar verändert. Ohnmacht hatte sich in Wut verwandelt, Fassungs-

losigkeit in Arroganz. Nun galt der Zorn der Gerechten den Dummen, die ein solches Wahlergebnis hervorgebracht hätten. Aus den Komfortzonen dieser Gesellschaft heraus hieß es, wir hätten bei uns doch auch so viele, die leicht verführbar seien und den Rattenfängern hinterherlaufen. Man müsse ihnen nur erzählen, dass ein Leben in der Welt von gestern wieder zu haben sei, dann glaubten die Einfältigen das. Elitär zu sein, schien mit einem Mal kein Problem mehr zu sein, die Hillary-Clinton-Falle hatte auch bei uns zugeschnappt. In deutschen Feuilletons erregt man jedenfalls keinen Anstoß mehr, wenn man mit leichter Hand das Bestehen einer Art politischen PISA-Tests fordert, bevor jemand sein Wahlrecht ausüben darf. Hat nicht erst kürzlich ein deutscher EU-Kommissar zum Stand der politischen Bildung eingeworfen, 5 Prozent der Bevölkerung seien gut informiert, 50 Prozent mäßig bis saumäßig, der Rest gar nicht? Aber dann in der nächsten Sonntagsrede wieder die Wissensgesellschaft hochleben lassen! Mit Wählerverachtung, mit Arroganz von oben, wird sich diese Demokratie-Krise mit Sicherheit nicht überstehen lassen, deren Wurzel ja gerade in fehlender Anerkennung zu suchen ist, in einer gravierenden gesellschaftlichen Kommunikationsstörung.

Dieses Denken hat sich seitdem weiter verfestigt und einen Fatalismus erzeugt, der als sich selbst erfüllende Prophezeiung tatsächlich ein Problem für die Demokratie werden kann. Denn die lebt ganz wesentlich von der Idee, dass man immer einen neuen Anfang machen kann. Hannah Arendt hat dafür das schöne Wort »Gebürtlichkeit« erfunden. Selbst nach dem schlimmsten moralischen Zusammenbruch, das war ihr Mut machender Gedanke, gibt es eine nächste Gelegenheit, es besser zu machen. Heute ver-

stehe ich das so: Wir müssen aufhören, diese Gesellschaft wie ein Haus zu betrachten, das längst fertig gebaut ist und in dem nur hin und wieder ein paar Möbelstücke gerückt werden. Ein Haus, in dem drinnen gezittert wird, obwohl alles so bleiben kann, wie es ist, weil von draußen die Kanonenschläge näher rücken. Demokratie ist immer unfertig, man kann und muss weiter an ihr bauen.

Dazu gehört freilich die Zuversicht, dass das eigene Handeln eine Wirkung erzielt, dass sich versteinerte Verhältnisse verflüssigen lassen, wenn man sich Mitstreiter sucht. Diese Zuversicht verloren zu haben, halte ich für die eigentliche politische Krankheit unserer Zeit. Sie hat viele erfasst, die eigentlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft einstehen sollten. Nicht nur Menschen in prekären Lebenslagen leiden unter dem Gefühl fehlender Selbstwirksamkeit, auch die sogenannten Stützen der Gesellschaft hängen mit drin, fühlen sich als Rädchen im Getriebe, obwohl es doch von außen so aussieht, als säßen sie am Steuer. Wenn man Führungskräften aus Politik und Wirtschaft nach Feierabend zuhört, erfährt man viel über das Gefühl, getrieben zu sein statt selbst gestalten zu können, über mangelnde Identifikation mit eigenem Handeln, über rasende Beschleunigung und fehlende Zeit zum Nachdenken, über eine Zukunft, die man sich nur noch düsterer vorstellen kann als die Gegenwart.

Geschichte wird gemacht, aber von wem? Globalisierung heißt eben auch, dass Macht diffus wird. Wir wissen nicht mehr, wer an den Strüppen zieht. Oder wir kriegen sie nicht zu fassen, fühlen uns ihnen ausgeliefert, den Amazonas, Apples, Starbucks und Co., die mit ihrer demonstrativen Politik-Verachtung wesentlich zur Erosion der Demokratie-Idee beigetragen haben. Wir haben uns so lange

Geschichten von vermeintlicher Alternativlosigkeit erzählen lassen, bis wir irgendwann angefangen haben, selbst daran zu glauben. Wer aber meint, nichts tun zu können, nimmt sich vom Spielfeld und überlässt es anderen. Vermutlich werden wir sehr klein anfangen müssen, um die großartige Erfahrung der Selbstwirksamkeit wieder neu zu entdecken. Also weg mit der Idee vom großen Wurf! Die Dinge einfach denken, diesen Versuch will ich hier unternehmen. Das scheint mir ein Weg heraus aus der Fatalismus-Falle zu sein. Die Reihenfolge ist wichtig, gerade weil unsere Köpfe angesichts der jüngsten Entwicklungen gerade so benebelt sind: erst das eigene Denken klären, dann die nötigen Schlussfolgerungen für gelingende Praxis ziehen. Dieses Buch will daher kein Werkzeugkasten sein, was nach dem Lesen zu tun ist, bleibt jedem selbst überlassen. Aber es will mithelfen, das Gefühl dafür wieder zu stärken, dass das eigene Handeln zählt.

Es muss in diesen Tagen ein berauschendes Gefühl sein, von ganz rechts auf diese Gesellschaft zu blicken. Wenige mit harter Gesinnung, die genau wissen, was sie tun, erleben gerade, dass sie eine Mehrheit in Schockstarre versetzen können. Es reicht anscheinend, konsequent hässliche Gefühle zu bewirtschaften, permanent die Angst zu füttern, dann reagiert eine ganze Gesellschaft mit Paranoia. Wohlgemerkt eine Gesellschaft, die die friedlichste und wohlhabendste in der Geschichte der Menschheit ist. Auch wenn die Ungleichheit inzwischen ein unerträgliches Maß erreicht hat: Nie ging es uns besser, und trotzdem sind wir so verzagt. Ein ziemliches Rätsel. Dies wäre der erste Merksatz: Wenige bewirken viel! Das gilt im Guten wie im Schlechten. In der Demokratie benötigt man zwar immer wieder Mehrheiten,

um seine Vorstellungen umsetzen zu können, aber das ändert nichts daran, dass es immer auf das Handeln von Einzelnen ankommt. Jedenfalls dann, wenn man nicht nur Stimmbürger sein möchte, dessen Platz in der Zuschauerdemokratie außerhalb von Wahlen die Tribüne ist. Talkshow-Gucken und Facebook-Einträge liken, werden nicht mehr reichen, denn die Situation ist tatsächlich ernst, da sollten wir uns nicht täuschen. Wie also umgehen mit der Sorge, dass die Demokratie ins Autoritäre weggippt, mit der Angst, von der jeder weiß, dass sie ein schlechter Ratgeber ist, von der sich frei zu halten aber in diesen Tagen ein echtes Kunststück ist?

Wir werden lernen müssen, mit einem Paradoxon zu leben. Eigentlich wäre jetzt dringend eine Denkpause fällig. Ein Moratorium, in dem man sich ein Verbot auferlegt, schnelle Antworten zu geben und steile Thesen zu produzieren. Es wäre geboten, in Ruhe zu überprüfen, ob man gedanklich noch in den Kategorien der Welt von gestern unterwegs ist. Wohl dem, der tatsächlich etwas Tragfähiges zu sagen wüsste über die Welt von morgen, deren Konturen noch im Nebel liegen. Wir bräuchten Zeit, um zu verstehen, warum binnen kurzer Zeit in allen Demokratien chauvinistische Politik Zustimmung gewann, wie es kommen konnte, dass die Feinde der offenen Gesellschaft Morgenluft wittern. Warum sie plötzlich auch für Menschen wählbar scheinen, die definitiv keine Rechtsradikalen sind. Wir müssten versuchen, sie und ihr Denken genauer kennenzulernen, anstatt bloß reflexhaft mit den alten Ritualen des Antifaschismus darauf zu reagieren. Bald würden wir merken, dass da nicht viel ist, dass wir uns momentan vor Scheinriesen fürchten. So etwas sieht man aber erst aus der Nähe.

Jeder für sich müsste zudem in ehrlicher Selbstprüfung durchzählen, welche persönlichen Überzeugungen tatsächlich noch unangetastet geblieben sind, seitdem wir von einer Krise zur nächsten taumeln. Ratlosigkeit zulassen, sich langsam vortasten, sich wirklich von veränderten Tatsachen beeinflussen lassen, anstatt bloß von gut abgehängten Gesinnungen zu leben. Ich musste mir zum Beispiel eingestehen, dass ich heute in der Flüchtlingsfrage nicht mehr so denke wie im Herbst 2015, ohne freilich einfach ins Gegenteil gekippt zu sein. Die vorbehaltlose Zustimmung zu einer Politik der offenen Grenze ist bei mir der Einsicht gewichen, dass wir den Kern des Asylrechts nur werden verteidigen können, wenn wir nach Hilfsbedürftigkeit unterscheiden und Bürgerkriegsflüchtlinge anders behandeln als beispielsweise Einwanderer vom Balkan. Niemand ändert gern seine Meinung, auch ich nicht. Aber wir können die Verhältnisse nur dann beeinflussen, wenn wir uns wieder darauf einigen, auch mit denen, die nicht unserer Meinung sind, in einer gemeinsamen Wirklichkeit zu leben und nicht nur in Blasen und Echokammern. Diese Einsicht könnte helfen, der Versuchung zu widerstehen, mit Populismus auf Populismus zu reagieren, also mit purer Gefühlspolitik. Jetzt schnell klare Kante gegen rechts zu zeigen, wird nicht reichen, auch wenn es vielleicht gut für die eigene verunsicherte Seele wäre, die ganz schnell was tun will, um ein Ventil für den eigenen Unmut zu haben. Machen wir uns keine Illusionen: Es gibt da Leute, die wollen den Bürgerkrieg! Diese Einladung sollten wir ausschlagen.

Aber diese Zeit zum ruhigen Nachdenken haben wir leider nicht, ein Moratorium wird es nicht geben, das ist das Paradoxon. Andere Länder haben vorgemacht, wie schnell

es gehen kann, die Demokratie in ihrer Substanz zu zerstören. In der Türkei haben ein paar Wochen gereicht, das sollte als Warnung genügen. Und Trump hat nach seinem Amtsantritt sein Land in wenigen Tagen verändert. Ringsherum ist in kurzer Zeit verdammt viel passiert, über das man sich nicht freuen kann. Auch bei uns werden die kommenden Monate entscheidend sein. Wenn es aber nicht mehr die starken Überzeugungen sind, die uns vom Sofa holen werden, was ist es dann, was auch die Verzagten mitreißen könnte, beim Projekt Demokratie-Rettung dabei zu sein? Mein Vorschlag wäre: Haltung statt Gesinnung. Mit Haltung meine ich, dass man es als selbstverständlich betrachtet, ein engagiertes Leben zu führen. Dass man irgendwann die Frage gar nicht mehr versteht, warum man sich engagiert. Denn wer nur um sein eigenes Wohlergehen kreist, dem fehlt eine Farbe im Leben. Demokratie ist nicht bloß eine von mehreren Regierungsformen, eine Machttechnik für Politikprofis. Demokratie ist eine Lebensform. Wir haben vergessen, wie attraktiv sie ist. Wie gut es denen geht, die sich nicht nur um sich selbst kümmern, sondern zum Gelingen des Gemeinwesens beitragen. Weil sie spüren, dass es auf sie ankommt. Häufig wissen sie gar nicht, wenn sie sich um ihren Stadtteil kümmern, dass sie in diesem Moment Politik betreiben. An der eigenen Haltung kann man arbeiten. Es ist wie beim Sport: Der Anfang ist das Schwerste. Der untrainierte Muskel tut besonders weh. Aber wir können jederzeit, also auch jetzt, einen neuen Anfang machen.

Liebe deine Stadt



1.

Wenn man den Kölner Stadtteil Finkenberg googelt, stößt man auf lauter schreckliche Dinge. Hier wohnen »die harten Kinder von Köln«, titelte schon vor Jahren die Lokalzeitung. Die Hochhaussiedlung wird zu den schwierigsten sozialen Brennpunkten des Landes gerechnet, in der öffentlichen Wahrnehmung steht sie für Kriminalität, Verwahrlosung und Gewalt. Nichts wie weg hier, wenn es irgend geht, müsste folglich das naheliegende Bestreben ihrer Bewohner sein. Gutes Leben ist anderswo.

Kürzlich bin ich dorthin eingeladen worden, um ein Gespräch der Finkenberger über den Zustand ihrer Siedlung zu moderieren. Eine junge Frau, die dort groß geworden ist, hatte einen Film gedreht über Menschen, die in der Anonymität der Hochhäuser leben. Sie wollte zeigen, dass in Finkenberg nicht nur die Tristesse zu Hause ist.

Nach der Filmvorführung in der Gesamtschule geschah etwas Erstaunliches: Die meisten im Saal nahmen das Ge sehene zum Anlass, um ein Bekenntnis zu ihrer Siedlung abzulegen. Die soziale Misere dort wurde mitnichten verschwiegen, es gab reichlich Klagen über Vermüllung und Verrohung. Aber die Grundmelodie der meisten Aussagen

war eine andere: »Mich kränkt es, wenn über meinen Stadtteil schlecht geredet wird.« – »Finkenberg ist viel besser als sein Ruf.« – »Hier halten die Leute zusammen.« Manche begannen, von schönen Momenten zu erzählen, die man ihrer Meinung nach nur in Finkenberg erleben kann. Endlich gab es mal eine Gelegenheit, in die andere Richtung zu übertreiben. Wo doch sonst immer nur von den »Assis« die Rede sei, die sich gar nicht erst um einen Ausbildungsplatz zu bewerben bräuchten, weil schon ihre Postanschrift für eine Absage genüge. Was es heißt, stigmatisiert zu sein, muss man den Finkenbergern wirklich nicht erklären. Dieses starke, beinahe trotzige Wir-Gefühl im Saal hat mich überrascht. Die aus den besseren Stadtteilen haben doch keine Ahnung von uns, und sie verachten uns auch noch, das war der Tenor.

Folgendes lässt sich aus dieser Situation lernen: Menschen wollen identifiziert sein. Sie leben nicht wie der Einsiedler in der Wüste, sondern betrachten sich als Teil einer Lebenswelt, wollen dazugehören. Und Menschen wehren sich, wenn Respekt und Anerkennung verweigert werden. Darüber sollten wir genauer nachdenken. Die Frage der Identität hat nämlich zusehends an Bedeutung gewonnen: Wer bin ich, was macht mich aus, was verbindet mich mit anderen? Einen beträchtlichen Teil unseres Lebens verbringen wir mit der Suche nach Antworten, weil sie nicht mehr selbstverständlich sind. Weil wir im 21. Jahrhundert erfreulicherweise leichter als früher Rollen verändern und Herkünfte hinter uns lassen können. Das hat Freiheitsspielräume eröffnet, die Generationen vor uns undenkbar gewesen wären, gleichzeitig aber auch alte Sicherheiten erschüttert. Für ein gutes Leben benötigen wir offenbar nicht nur Flügel, sondern auch Wurzeln. Das merken wir jetzt.

Die Jahrzehnte des Neoliberalismus waren geprägt vom Leitbild des Jobnomaden. Der sollte bereit sein, bei der nächsten Lebenschance, die sich bietet, sofort alles hinter sich zu lassen, seine Wurzeln zu kappen. Der sollte sich in Singapur genauso schnell heimisch fühlen wie in Solingen. Der durfte nicht nur für sich ganz allein entscheiden, er musste es auch. Im Falle des Scheiterns blieb ihm nichts anderes übrig, als sich selbst zum Schuldigen zu machen. Das waren die Jahre des Hyperindividualismus, die uns jetzt auf die Füße fallen. Denn nach diesen Maßstäben kann vielleicht eine erfolgreiche Oberschicht leben, jedenfalls bis zum Burn-out, eine Mehrheit der Bevölkerung aber offenbar nicht. Fragt man Jugendliche, was ihnen für die Zukunft besonders wichtig ist, dann antworten die meisten von ihnen: stabile Bindungen. Sie werden deshalb von ahnungslosen Erwachsenen, die Jugend mit dem Klischee der Revolte in Verbindung bringen, für spießig gehalten.

Nichts anderes fördert die empirische Glücksforschung zutage. Wenn die elementaren Bedürfnisse erfüllt sind, Nahrung, Kleidung, Gesundheit, das Dach über dem Kopf, geht es uns vor allem dann gut, wenn wir Gelegenheit haben, uns als soziale, gesellige Wesen zu erleben. Nicht von ungefähr wird gerade der Begriff Heimat wiederentdeckt, und man sollte ihn keinesfalls den Rechten überlassen. Mit dieser Sehnsucht nach Verwurzelung erkläre ich mir, warum Identitätspolitik derzeit eine so große Rolle spielt. An Angeboten, an einfachen Antworten auf die Identitätsfrage, herrscht ja derzeit kein Mangel. Die AfD setzt auf Retro und stellt wieder Volk und Nation ins Schaufenster. Migrantenorganisationen betonen die Bedeutung der ethnischen Herkunft, sodass junge Leute, die in Deutschland geboren sind, kurioserweise PKK-Fahnen schwenken oder Bilder

von Erdogan. Unter Binationalen macht sich die Gewohnheit breit, abschätzig von »Biodeutschen« zu sprechen, als ob jeder, der zwei Elternteile aus einem Land hat, gewissermaßen ein biografisches Defizit mit sich herumschleppt. Veganer schließlich meinen, dass nur der radikale Verzicht auf Tierprodukte die Welt noch retten kann, und verbreiten schlechte Laune, wenn sie unter Fleischessern gelandet sind.

Obwohl die Genannten auf den ersten Blick wenig gemein haben, suchen sie doch alle nach dem archimedischen Punkt, von dem aus sich die eigene Persönlichkeit und das eigene Handeln vollständig erklären lassen. Das genau bin ich, in diesem alles entscheidenden Punkt bin ich anders als die anderen, die nicht meine Wahl teilen, und fühle mich mit denen verbunden, die in diesem archimedischen Punkt mit mir übereinstimmen. Identitätspolitik ist eine Antwort auf die »Neue Unübersichtlichkeit«, die sich durch die rasche Folge ständig neuer globaler Krisen als echtes Lebensproblem für uns permanent verschärft. Wir fühlen uns halt verdammt wohl unter Gleichgesinnten. In Gemeinschaft mit anderen erleben wir uns selbst auf eine andere Art als allein in den eigenen vier Wänden. Wir sind als soziale Wesen auf Resonanz angewiesen. Wer verstärkt auf dem Identitätspfad unterwegs ist, sucht nach der Wärme der Gemeinschaft, läuft aber Gefahr, ein Leben in der Blase zu führen. Man kriegt gar nicht mehr mit, warum andere anders denken. Identitätspolitik bedeutet häufig auch, dass ich nicht nur mich selbst, sondern auch den anderen, der meinen Lebensstil nicht teilt, auf ein einziges Persönlichkeitsmerkmal reduziere. Dann ist der andere zuallererst schwul, Moslem oder Ungläubiger, obwohl er vielleicht auch Fußballfan, Sushi-Liebhaber, Balkongärtner ist und

die vielen anderen Facetten seiner Persönlichkeit gar nicht alle aufgezählt werden können.

Für die Demokratie ist radikale Identitätspolitik eine Bedrohung. Demokratie muss den Dissens organisieren und verteidigen. Sie muss nicht nur dafür sorgen, dass sich Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensstilen nicht gegenseitig an die Gurgel gehen. Ein gleichgültiges Nebeneinander, wie wir es leider in den bereits existierenden Parallelgesellschaften haben, reicht nicht. Demokratie muss Erfahrungsräume schaffen, in denen wir uns in unserer Verschiedenheit begegnen und merken, dass man diese Räume weiter verschönern kann. Für diese Erfahrung ist die Stadt ideal. Hier können wir Mikrokosmopoliten sein und Verschiedenheit genießen. Menschen ärgern sich, wenn es irgendwo hässlich aussieht, und meiden solche Orte, Menschen zieht es dorthin, wo es schön ist. Wer genau schaut, findet auch in Finkenberg, das von außen betrachtet so trostlos wirkt, heimelige Ecken, in denen man sich trifft. An dem besagten Abend handelten die Erzählungen von schönen Momenten im eigenen Leben indirekt immer von solchen Orten.

Positive Veränderungen beginnen häufig mit Ästhetik. Wo Scheiben eingeworfen sind, verabredet man sich nicht. Wir wissen also, was zu tun ist. Wir sollten alles tun, damit man sich im öffentlichen Raum wohlfühlt und sich gern dort aufhält. Damit die Stadt nicht nur den Autos und dem Konsum gehört. Der französische Ethnologe Marc Augé hat beschrieben, welche Gewalt wir unseren Städten dadurch angetan haben, dass wir mit Parkhäusern, Schnellstraßen und Malls systematisch »Nicht-Orte« geschaffen haben, an denen man nicht verweilen will. Wiedereroberung der Stadt heißt auch: aus »Nicht-Orten« wieder Orte machen.